

«Wir sind beim Maximum angelangt»

Regierungsrat Conradin Cramer verteidigt die Coronamassnahmen an den Basler Schulen. Strengere Regeln seien bei einem laufenden Schulbetrieb nicht möglich. Sorgen macht sich der 42-Jährige über die vielen Jugendlichen, die nach der Sekundarschule keinen Abschluss schaffen.

Interview: Andreas Möckli und Benjamin Rosch

Die erste Woche mit neuem Corona-Regime an den Schulen ist vorbei. Gestresste Eltern, verschüchterte Kinder, entnervte Lehrpersonen. Wie müssen wir uns die Reaktionen vorstellen?

Conradin Cramer: Es ist sicher die intensivste Situation für die Schulen in dieser ganzen Pandemiezeit. Das System ist stark belastet. Eltern stehen unter Druck, Kinder, die Masken tragen müssen, das Lehrpersonal... Es ist intensiv. Gleichzeitig kann ich sagen: Die Massnahmen sind gut angelaufen. Die Leute halten sich grossmehrheitlich an die Regeln. Die Schulleitungen und Lehrpersonen leisten die Zusatzaufgaben in beeindruckender Weise.

Lässt sich die Situation also nicht mit dem Baselbiet vergleichen, wo einige Eltern gegen die Massnahmen demonstriert haben?

Es gibt an allen Schulen Eltern, welche die Regeln nicht akzeptieren.

Was tun Sie in diesem Fall?

Wir suchen das Gespräch und versuchen, die Gründe zu eruieren. Wenn das nichts fruchtet, gibt es ein Bussenverfahren. Und wer sich dem Depooling verweigert, dessen Kind muss in Quarantäne.

Wie hoch sind diese Bussen?

Der Betrag ist nicht fix vorgegeben, wir beurteilen jeden Einzelfall. Und oft ist es auch nicht nötig. In manchen Fällen läuft allerdings ein Verfahren, dort wird es auf einen dreistelligen Betrag hinauslaufen. Die Busse kann sich aber im Wiederholungsfall erhöhen.

Wie sehen die Szenarien aus?

Auch eine Verschlimmerung der Situation könnte noch mit zusätzlichen Stellvertretungen aufgefangen werden. Zumindest bis zu einem gewissen Punkt. Wenn es irgendwann nicht mehr gehen sollte, würden gemäss Plan besonders betroffene Standorte zeitweise auf Fernunterricht umgestellt. Das wäre die Ultima Ratio, aber eine, die man jetzt planen muss.

Die erweiterte Masken- und Testpflicht gibt viel zu reden. Welches Lager ist grösser: jenes, das mehr

Massnahmen fordert, oder jenes, das Massnahmen reduzieren will?

Am stärksten nehme ich jene sehr grosse Mehrheit wahr, welche die Massnahmen bedauert, sie aber mitträgt. Die anderen beiden Lager halten sich ungefähr die Waage. Aber sie sind klar in der Unterzahl.

Im Grossen Rat hagelte es zuletzt harsche Kritik: Sie hätten die Massnahmen zu spät eingeführt. Was entgegnen Sie dem?

Ich bin der Meinung, gemeinsam mit den Gesundheitsexpertinnen und -experten jeweils die Massnahmen rechtzeitig eingeführt oder gelockert zu haben. Wir sind jetzt bei einem Maximum angelangt, was bei einem laufenden Schulbetrieb möglich ist.

Aber die jetzigen Massnahmen hätten Sie schon nach den Herbstferien einführen können – dann wäre es nicht zu den vielen Ansteckungen unter Kindern im Spätherbst gekommen.

(überlegt) Ich glaube, das wäre damals nicht verhältnismässig gewesen. Zudem hat der Kanton Basel-Stadt immer zu den ersten gehört, die Verschärfungen umgesetzt haben. Die Linie im letzten Jahr war gut.

Im Baselbiet mussten die Kinder zuerst zum Test, bevor sie den Schulbetrieb nach den Ferien wieder aufgenommen haben. Warum haben Sie darauf verzichtet?

Wir haben selbstverständlich auch diese Massnahme geprüft, aber für Basel-Stadt nicht für sinnvoll befunden. Tests helfen, aber sie bewirken keine Null-

Covid-Quote. Die negativen Argumente haben überwogen: Es hätte Eltern viel Flexibilität abverlangt und die Schule wäre eine Woche faktisch geschlossen gewesen.

Ein Dauerbrenner sind die Luftfilter. Hätte sich diese ein finanzstarker Kanton wie Basel-Stadt nicht früher anschaffen können?

Geld war nie das Gegenargument, sondern Experten, die sagen, das sei nicht sinnvoll.

Wir haben den Eindruck, dass vor allem die Bedürfnisse der Eltern im Fokus stehen. Linke kritisieren, Sie hätten die Kinder und auch die Lehrpersonen zu wenig geschützt. Haben Sie eine Durchsuchung in Kauf genommen?

Die ganze Krise ist eine Interessenabwägung. Der Anspruch ist, Kindern eine möglichst gute Bildung zu ermöglichen und sie gleichzeitig, so gut es geht, vor Ansteckungen zu schützen. Wenn man Kinder voll schützen will, dann muss man sie einsperren, und das wäre nicht im Interesse des Kindeswohls. Es ist ja auch eine der wenigen guten Seiten dieses Virus, dass er sich nicht in starker Symptomatik oder Langzeitfolgen bei jungen Menschen manifestiert.

Über die Schädlichkeit des Virus bei Kindern könnte man stundenlang diskutieren...

...naja, aber es gibt doch auch Statistiken...

... Klar, aber der Punkt ist doch: Kinder tragen dieses Virus nach

Gestaffelter Schulstart in Baselland hat gewirkt

Während Basel-Stadt am Montag direkt in den Präsenzunterricht startete, begann Baselland mit Fernunterricht. Erst nach den ersten Covidtests kehrten die Kinder gestaffelt an die Schulen zurück. 90 Prozent der Kinder nahmen an den obligatorischen Tests teil, wie die Bildungsdirektion mitteilt. Ohne Pflicht waren es vor Weihnachten 75 Prozent gewesen. Zu den fehlenden zehn Prozent gehören auch Genesene, die nicht teilnehmen durften. Waren vor Weihnachten noch rund fünf Prozent der Klassenpools positiv gewesen, stieg die Zahl diesen Montag bis Donnerstag auf zwischen 8 und 15 Prozent. So konnten fast 700 Fälle gefunden werden. Sprecher Michael Lehner betont, dass sicher Omikron zur Zunahme beigetragen hat. Grundsätzlich sagt er: «Der gestaffelte Schuleinstieg hat verhindert, dass all diese positiven Schüler in der Schule das Virus weitergeben konnten.» (mn)

Hause, wo sich weitere Menschen anstecken.

Genau, das ist sicher zum Teil so. Aber wenn man dieses Argument weiterdenkt, dann ist man wieder dabei, Kinder einsperren zu müssen. Dann würde man die Verantwortung für die Verbreitung des Virus auf die Kleinsten abwälzen. Das geht nicht.

Und was ist mit einer Lehrperson die täglich vor Kinder stehen muss, von denen manche nicht einmal an den Tests teilgenommen haben, weil sie nicht obligatorisch waren?

Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in einem Beruf mit Menschenkontakt. Das ist in einer solchen Situation belastend. Gleichzeitig ist uns allen bewusst, dass ihre Arbeit unersetzbar ist. Ich glaube, dass man sich mit einer Impfung und zusätzlich einer Maske sowie regelmässigem Lüften gut schützen kann. So wie wir es hier auch tun (zeigt in den Raum). Aber klar, vollständige Sicherheit gibt es nicht, das muss man anerkennen.

Wir reden hier immer von den Extremen: Hohe Infektionszahlen oder Schulen schliessen. Aber war Basel nicht schlicht zu spät mit den aktuellen Massnahmen?

Nein. Niemand findet es lustig, Siebenjährigen eine Maske anzulegen. Wir tun dies nur, weil sich mit Omikron eine neue Situation präsentiert. Das ist aber eine einschneidende Massnahme, die zeitlich begrenzt sein muss. Sie wäre im November nicht gerechtfertigt gewesen.

Kommen wir zu anderen Themen in Ihrem Departement. Seit einer Woche gilt ein neues Gesetz zur Kinderbetreuung. Das hat zu Irritation geführt, weil einige Eltern plötzlich deutlich mehr für die externe Kinderbetreuung zahlen müssen. Wie viele Familien sind davon betroffen?

Betroffen sind Eltern, die jetzt voll zahlen müssen, während sie früher ihr Kind in einer subventionierten Kita hatten. Gleichzeitig profitieren viele Eltern von Unterstützungsbeiträgen, zum Teil bis zu einem Nettoeinkommen von 200 000 Franken. Das ist wirklich nicht nur der untere Mittelstand. Wir gehen bewusst so weit, weil wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern wollen.

Von diesen Unterstützungsleistungen wissen aber viele nicht.

Wer sich nicht sicher ist, ob er Anspruch auf Leistungen hat, soll sich bitte bei uns melden. Wir schauen jeden Fall an. Mit dem neuen Gesetz lassen wir uns die Betreuung zusätzliche vier Millionen kosten.

Der Hintergrund der linken Kritik ist klar: Die SP will ihre Initiative

«Gratis-Kitas für alle» pushen. Wie stehen Sie dazu?

Der Regierungsrat prüft die allfälligen Kosten und sucht nach möglichen Alternativen. Das Erziehungsdepartement arbeitet einen umfangreichen Bericht aus. In der Folge muss der Grosse Rat entscheiden, ob er einen Gegenvorschlag machen will. Das Tagesbetreuungsgesetz ist zwar erst seit wenigen Tagen in Kraft, aber da hört es ja nicht auf. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mir ein grosses Anliegen. Ich erwarte eine spannende Debatte und bin dankbar darum.

Die Gymnasialquote ist in Basel-Stadt unverändert hoch. Gleichzeitig brechen viele das Studium frühzeitig ab. Bräuchte es da nicht einen grossen Wurf, um die Quote deutlich zu senken?

Im Vordergrund steht für mich nicht die Quote. Vielmehr geht es darum, dass die jungen Menschen die Ausbildung erhalten, die ihren Fähigkeiten und ihrem Potenzial entspricht. Damit soll ein möglichst guter Einstieg ins Berufsleben gelingen. Wesentlich ist daher die Abschlussquote.

Wie wird das gemessen?

Dafür nehmen wir die sogenannte Abschlussquote der Sekundarstufe II zur Hand. Hier wird gemessen, wie viele Personen im Alter von 25 Jahren über einen Lehr- oder einen Mittelschulabschluss verfügen. Die Schweiz hat sich das Ziel einer Quote von 95 Prozent gesetzt. Tatsächlich liegen wir hier landesweit bei 90 Prozent, Basel-Stadt bei rund 85 Prozent. Das ist meine Hauptsorge. Zu viele Junge haben keinen Abschluss, der sie für das Erwerbsleben qualifiziert. Diese Zahl müssen wir nach oben bringen.

Wie?

Wir müssen vermeiden, dass junge Menschen einen für sie nicht passenden Bildungsweg verfolgen.

Da leistet sich Basel-Stadt doch bereits sehr viel. Nirgends sind die Pro-Kopf-Ausgaben so hoch wie hier. Dennoch beginnen nur gerade 18 Prozent nach der Sekundarschule eine Berufslehre.

Auch in Basel-Stadt ist für die Mehrheit der Jungen die Berufslehre der richtige Weg. Die von Ihnen erwähnte Quote ist tatsächlich tief, gleichzeitig gehen viele den Weg über die Schule für Brückenangebote oder andere schulische Ausbildungen. Ich möchte vermeiden, dass die einzelnen Bildungswege gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt verschiedene, gleichwertige Laufbahnen.

Nochmals: Wie wollen Sie die Situation verbessern?

Wir müssen mit den Familien das Bildungsangebot suchen, das für die Schülerinnen und Schüler am besten passt. Das ist noch nicht überall der Fall. Zu viele steigen deshalb aus, etwa Gymnasiasten, die den Abschluss nicht schaffen oder nur mit grosser Mühe – und danach grosse Probleme haben.

Sie sagen, die Berufslehre sei für viele der richtige Weg. Gleichzeitig schaffen nur 18 Prozent direkt von der Sekundarschule diesen Schritt. Das ist doch ein Systemversagen.

So weit würde ich nicht gehen. Nach der Volksschule ist es für jungen Menschen ein grosser Schritt, in diesem Alter direkt in ein Unternehmen zu wechseln. Für viele ist es einfacher, auf einem schulischen Weg zu bleiben. Das ist ein strukturelles Problem, das nicht nur Basel-Stadt kennt. Da können wir besser werden. Entscheidend ist aber nicht der direkte Übertritt. Wenn wir es dank einer Zwischenlösung erreichen, eine passende Ausbildung zu finden, dann ist das auch sehr gut. Sorgen machen mir jene, die gar keinen Abschluss machen.

Sie sind seit knapp fünf Jahren im Amt, wurden glänzend wiedergewählt. Wäre es nun nicht an der Zeit für einen grossen Wurf? Probleme gibt es viele, sie als Erziehungsdirektor spürt man wenig.

Ich schätze mich glücklich, dass mir einige grosse Würfe gelungen sind. Dazu gehört sicher die Stärkung der Uni mit dem Vertrag zwischen Basel-Stadt und Baselland. Daneben haben wir die Tagesbetreuung massiv ausgebaut und fördern damit den Megatrend der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark. Hier ziehen alle am gleichen Strick.

Und die Volksschule?

Das ist ein täglicher grosser Wurf. Die umfassende Reform wurde hier vor meinem Amtsantritt beschlossen. Es wäre verheerend, wenn ich nun hingehen und sagen würde, dass ich nun auch so eine Reform an die Hand nehmen möchte. Eine komplette Umwälzung kann die Volksschule derzeit überhaupt nicht gebrauchen. Meine Aufgabe ist es, das bestehende System dort zu verbessern, wo es Schwächen gibt. Verbesserungen sind oft keine grossen Würfe, aber in der Politik fast noch wichtiger.

Gerade die Gymnasialquote ist ein sehr heisses Eisen. Würden Sie die Zutrittschürden erhöhen, wäre Ihnen der Aufstand gewiss. Haben Sie Angst davor?

Das habe ich nicht. Als es im Jahr 2018 einen Ausschlag gab, sind wir ja auch trotz Widerstand ziemlich eingefahren und haben Massnahmen beschlossen. Die Gymnasialquote ist ein Teil der ganzen Frage. Es kann daher sein, dass wir die Zugangshürden erhöhen müssen, um andere Ausbildungswege attraktiver zu machen. Doch entscheidend ist – wie gesagt – die Zahl der jungen Menschen mit einem Abschluss.

Ist nicht einfach das Angebot im Gymi angesichts der grossen Zahl an Fächern zu gross? Müsste nicht stärker das Gewicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Unis gelegt werden?

Unser Anspruch ist es, den Kindern die beste Ausbildung zu ermöglichen. Je nach Potenzial wollen wir die Stärken der Jungen fördern. Gleichzeitig muss der Schulabschluss etwas wert sein. Wir müssen Lerninhalte vermitteln, die es den Jugendlichen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das können sie nur, wenn sie einen Job finden. Dabei wollen wir nicht einer gewissen Gruppe gefallen oder der Wirtschaft eine Serviceleistung bieten. Wir müssen die jungen Menschen auf das Leben vorbereiten. Es geht nicht um die Nachfrage, sondern um die Bedürfnisse der Jugendlichen.

Menschen in Ihrem Umfeld sagen, Sie seien in Ihrem Amt unterfordert. Deshalb sind Sie Unidozent, schreiben ein Buch etc. Langweilt Sie das Erziehungsdepartement?

Nein, keinen einzigen Tag. Der Job ist ungeheuer herausfordernd. Das gilt als Vorsteher des Departements, aber auch als Mitglied der Regierung. Hinzu kommt mit der Pandemie eine Sonder-situation hinzu, die nicht wirklich Platz für anderes lässt. Deshalb verfolge ich keine Nebenprojekte mehr. Ich bin an der Uni nicht mehr als Dozent tätig, das Buch ist längst geschrieben. Das einzige andere grosse Projekt neben meiner Aufgabe ist meine Familie. Ich bin voll und ganz ausgelastet. Ich bin dankbar, dass die Leute nicht sagen, ich sei überfordert (*lacht*).

Was sind Ihre wichtigsten Ziele?

Zunächst möchten wir die Coronakrise überstehen und dieses Schiff durch die Krise schaukeln. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört sicher zu den Leitsternen. Und natürlich möchte ich die erwähnte Abschlussquote erhöhen.

Blickt strengen Zeiten entgegen: der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer.
Bild: Nicole Nars-Zimmer

